



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

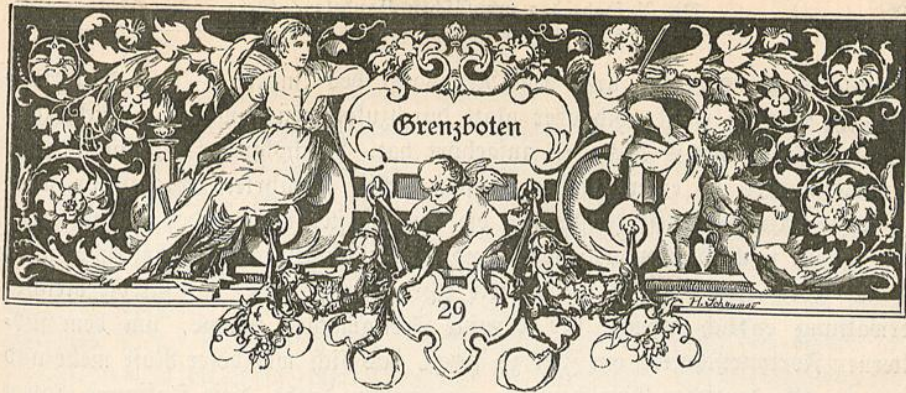
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Aufgabe des preußischen Handelsministers

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Aufgabe des preußischen Handelsministers



Der neue preußische Handelsminister ist ein neuer Mann. Alle Vermutungen der Parteipresse darüber, wem er es recht zu machen suchen werde, sind leer und wertlos; wir wollen uns auch hier mit ihnen gar nicht befassen. Der Himmel gebe nur, daß er seine Sache recht machen wolle, wirklich ernsthaft wolle, ohne Rücksicht auf schnell zu erntenden Beifall, ja ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Stellung.

In einer Beziehung geht dem neuen Minister ein wertvoller guter Ruf voraus: es wird an ihm ein hervorragendes Organisationstalent gerühmt, das er in der großen Aufgabe der Neuordnung des preußischen Staatseisenbahnwesens in besonderm Maße zu bethätigen Gelegenheit gefunden und auch bethätigt habe. Eine organisatorische Aufgabe aber ist es auch, die er in seinem neuen Amte vor allem zu lösen hat, denn der Apparat dieses Amtes steht nicht mehr auf der nötigen Höhe, und mit einer schlechten Maschine kann auch der tüchtigste Zugführer, mag er auf ein richtiges oder ein verkehrtes Ziel lossteuern, niemand zu Danke fahren.

Unbrauchbar ist zunächst das Verhältnis nach oben. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat mit der Gesetzgebung für Handel und Gewerbe und überhaupt mit der eigentlichen Handels- und Gewerbepolitik unmitttelbar gar nichts zu thun. Dazu ist das Reichsamt des Innern da, soweit nicht die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes die Hand darauf legt. Ebenso steht es mit der sogenannten Sozialpolitik. Freilich verlangt man thatsächlich von dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe auch auf diesen Gebieten viel mehr als von allen seinen Kollegen in den übrigen deutschen Staaten zusammengenommen, und man muß das von ihm verlangen. Bekanntlich haben denn auch die Reibungen zwischen dem

preussischen Ministerium und dem Reichsamt des Innern — mit dem auswärtigen Amt ist wohl noch eher glatt durchzukommen gewesen — nicht aufgehört, seitdem Fürst Bismarck aufgehört hat, Reichskanzler und preussischer Handelsminister in einer Person zu sein. Als bewährter Organisator wird der neue Minister diese Zustände, die ein Muster mangelnder Organisation sind, gewiß nach Gebühr würdigen, und an Reibungen wird es ihm sicher nicht fehlen. Aber auch darüber wollen wir hier nicht sprechen; daß für die Reichsverwaltung endlich einmal der berufne Fertigmacher komme, um dem subalternen Fortwirtschaften ein Ziel zu setzen, das sich wie böser Krost mehr und mehr in alle deutschen Einrichtungen einzufressen droht, diese Hoffnung haben wir längst aufgegeben, solange nicht dem deutschen Michel die Not auf die Nägel brennt. Seine hauptsächlichste Aufgabe harret des neuen Ministers in Preußen selbst, denn in der preussischen Verwaltung für Handel und Gewerbe ist der Apparat total verrostet, verwittert, veraltet, Preußens Handel und Gewerbe klagt mit Recht lauter über mangelhafte Vertretung durch sein Ministerium, als Handel und Gewerbe irgend eines andern deutschen Staates.

Der neue Minister tritt in die scheinbar grundlegendsten Organisationsfragen mitten hinein: in die Handelskammer- und in die Innungsfrage. Herr von Berlepsch hat da alles schon formulirt und vorbereitet. Für jeden Quadratmeter preussischen Landes sollen auch für Handel, Industrie und Handwerk „Interessenvertretungen“ organisiert werden, und wenn sich erst diese „Körperschaften“ alle äußern und Gehör finden werden, dann wird gewiß Zufriedenheit herrschen, wo jetzt Unzufriedenheit grollt, dann wird der Minister für Handel und Gewerbe wie seine Räte und Hilfsarbeiter mühelos erfahren, wo es fehlt, und wie zu helfen ist, denn jedermann weiß doch am besten selbst, wo ihn der Schuh drückt, und wie er geändert werden kann. Im Ernste freilich ist man mit dieser Organisation in Preußen auf dem ärgsten Holzwege, und der neue Minister könnte gar nichts besseres thun, als Rechtsumkehrt zu machen, bei den nicht so zurückgebliebenen mittel- und kleinstaatlichen Verwaltungen in die Lehre zu gehen und die Vorbereitungen und Formulierungen des Ministeriums Berlepsch in den vielbesprochenen Organisationsfragen ad acta zu legen.

Wir können hier auf diese Fragen im einzelnen nicht näher eingehen, aber einige Bemerkungen dazu sind doch nötig. Warum kann man sich in Preußen nicht entschließen, die fast in allen deutschen Mittelstaaten bewährte Einrichtung der „Handels- und Gewerbekammern“ anzunehmen? Warum will man auf der völligen Scheidung und Zerreißung der Interessen von Handel und Großindustrie einerseits und Kleingewerbe andererseits bestehen? Glaubt das bisherige Personal des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, glauben wenigstens die alten erfahrenen Geheimräte dieser Behörde, die das Anwachsen der zünftlerischen Sonderströmung seit 1879 im Amte erlebt haben, damit dem Handwerk eine sachlichere, besser beratne Vertretung zu geben,

als sie ihm in Handels- und Gewerbekammern gegeben werden kann? Glauben diese erfahrenen preussischen Geheimräte wirklich, durch die zünftlerischen Mehrheiten gesonderter Kleingewerblicher Vertretungskörper besser darüber unterrichtet zu werden, wo es fehlt, und wie zu helfen ist, als sie sich in ihrer langen Praxis auch ohne solche Handwerkerkammern unterrichtet haben oder doch hätten unterrichten können? Man wird aufs bestimmteste bestreiten dürfen, daß die erfahrenen Räte im preussischen Handelsministerium in diesem Wahne befangen seien. Sie müssen das besser wissen, und sie wissen das besser, sonst müßte man ja an allem Zusammenhange der preussischen Verwaltung von heute mit der alten hochverdienten preussisch-hohenzollerischen Beamtenschule zweifeln, wie sie von den Zeiten des Großen Kurfürsten an gerade auf dem Gebiete der Fürsorge für Handel und Gewerbe, trotz mancher Irrwege doch immer selbständig und ohne Schlendrian, vorbildlich und bahnbrechend war in Deutschland bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Die ganze Kläglichkeit der heutigen Handwerkspolitik in Deutschland und Preußen hat Stieda neuerdings vortrefflich gezeichnet.\*) „In Baden, in Hessen und in Württemberg — schreibt er — hat man es zwar verstanden, ohne an der Gewerbefreiheit zu rütteln, durch zweckmäßige Maßregeln mannichfacher Art die Zustände (im Handwerk) erträglicher zu machen. Das Gleiche gilt teilweise auch von Baiern. In Mittel- und Norddeutschland aber und in den Kreisen der Reichsgesetzgebung herrscht eine Haltungslosigkeit vor, die nur in Erstaunen setzen kann. Die Regierungsvertreter fließen bei jeder Gelegenheit von Versicherungen des Wohlwollens für die gedrückten Handwerker über, aber ein festes Programm tragen sie nicht vor. In Preußen scheint diese schwankende Handwerkspolitik fast traditionell geworden zu sein. Sie hat sich in der Novelle von 1849 bitter genug gerächt. Längst wäre man heute, wie in England und Frankreich, über die Disfussion der Notwendigkeit, die Gewerbefreiheit wieder einzuschränken, hinaus, wenn jene Gewerbenovelle nicht erlassen worden wäre. Von Preußen aus aber wirft diese Unentschlossenheit ihre Schatten in die Reichsgesetzgebung und hat uns jene die Innungen begünstigenden Maßregeln von 1881 und den folgenden Jahren gebracht, die die ganze heutige Handwerkerbewegung heraufbeschworen und doch dem deutschen Gewerbestande so wenig genützt haben. Es muß endlich einmal bei aller Verehrung für den großen deutschen Staatsmann ausgesprochen werden, daß Fürst Bismarck die Innungsgesetzgebung von 1881 vorzugsweise oder lediglich aus politischen Opportunitätsgründen zugelassen, dem Handwerk und der Gesamtheit aber damit keinen Dienst geleistet hat.“

Die Erbschaft dieser Fehler tritt der neue Handelsminister in Herrn von Berlepschs Entwurf zur Organisation des Handwerks an; aber diese Erbschaft wirkt auf die Organisation der gesamten Interessenvertretung in Handel und

\*) Im ersten Supplementbande des Handwörterbuchs für die Staatswissenschaften.

Gewerbe ein. Die Sorge für die Sicherung der Mehrheit des Zünftlertums und — sagen wir es offen — der wirtschaftlichen, technischen und allgemeinen Halbbildung in den Handwerkerkammern veranlaßt die Führer der Handwerkerpartei vor allem, gegen die Einrichtung von Handels- und Gewerbekammern zu eifern und zu wühlen, und man war im preußischen Handelsministerium schwach genug, dem nachzugeben, obwohl es aus den Kreisen, die die Handels- und Gewerbekammern erprobt haben, an warnenden Stimmen nicht gefehlt hat. Daß sich die preußischen Handelskammern bei der ganzen Organisationsfrage um das Kleingewerbe so gut wie gar nicht gekümmert haben, hätte das Handelsministerium erst recht darauf hinweisen sollen, daß eine weitere Entfremdung zwischen Handel und Großindustrie auf der einen und dem Handwerk auf der andern Seite verkehrt sei. Im Vergleich mit den Zuständen in Südwestdeutschland ist der Mangel jedes Verständnisses und Interesses für die Handwerkerfrage in den Kreisen der preußischen Kaufleute, Industriellen und Ingenieure als ein volkswirtschaftlicher und sozialer Fehler verhängnisvollster Art zu beklagen, und er hat am meisten zu dem Aufkommen der zünftlerischen Strömung beigetragen.

Doch genug von den einzelnen Organisationsplänen; das Prinzip ist es, mit dem gebrochen werden muß. Die Herren im preußischen Ministerium wie die im Reichsamt des Innern, unterstützt durch die treffliche Wirkung des Schlagworts Selbstverwaltung, sehen alles Heil, wenn nicht für die Sache, so doch für sich selbst, in der Schaffung jener sogenannten „Vertretungskörper“ für die wirtschaftlichen Sonderinteressen möglichst vieler einzelnen Berufsgruppen. Das soll dann die vielgerühmte Organisation der Gesellschaft in Berufsständen werden, die den leitenden Beamten nicht nur viel Mühe, sondern vor allem die Verantwortung abnehmen soll. Daß in einer Zeit, wo der Egoismus zur obersten Pflicht geworden ist, und wo der Kampf der Sonderinteressen bis aufs Messer geführt wird, solche Interessenvertretungen Kriegsorganisationen werden müssen, im besten Falle Parteien im Streit, die sich an die Weisheit und die Macht des Richters zu wenden haben, wenn nicht die Gesellschaft aus den Fugen gehen soll, das scheint die neupreussische Beamtenchule ganz zu vergessen. Nur wenn es der Staat und sein Beamtentum versteht, von unten an mit den im praktischen Erwerbsleben stehenden Staatsbürgern und ihren Vereinigungen zu einem gegenseitig befruchtenden Zusammenarbeiten zu gelangen, kann jene Organisation der Erwerbstände zum Segen ausschlagen. Auch in dieser Beziehung hat Preußen, wenigstens im Amtsbereich des neuen Ministers, noch so gut wie alles zu lernen. Mit Anfragen und Anhören von oben herunter ist wenig gedient. Auch hier ist Süd- und Südwestdeutschland die Schule, in die Preußen seine Beamten schicken sollte. Der süddeutsche Minister ist für den Handwerker und Bauer zugänglicher als der preussische Landrat. Der preussische Handelsminister ist aber ganz be-

sonders unzugänglich, auch mittelbar. Es fehlt ihm in den Provinzen, in den Regierungsbezirken und vollends in den Kreisen und größern Stadtgemeinden ganz und gar an eignen und geeigneten Organen für ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den Erwerbsständen und ihren Vereinigungen. Die Organe der sogenannten politischen Partei haben andres zu thun und haben erst recht nicht die Vorbildung, dieser Aufgabe nebenher zu entsprechen. Die Einrichtung der Gewerbeinspektoren hat einen viel zu beschränkten amtlichen Wirkungskreis und ist nicht einmal für diesen ausreichend — die Dampfesselrevisionen sorgen schon allein dafür —, geschweige denn, daß sie zu dauerndem gemeinsamem Wirken mit den Körperschaften der Handel- und Gewerbetreibenden imstande wären. Warum kann man sich in Preußen nicht, wenigstens für jede Provinz, zur Errichtung einer Zentralstelle für Handel und Gewerbe nach südwestdeutschem Vorbilde entschließen? Das würde dem Chef des Ministeriums eine viel bessere Kenntnis über die Bedürfnisse von Handel und Gewerbe im Lande vermitteln, als die sich widersprechenden Berichte und Antworten, mit deren Einforderung die „Interessenvertretungen“ geplagt und deren Ergebnisse dann von irgend einem hilfsarbeitenden Assessor unter Beistand einiger Subalternen schablonenmäßig, womöglich gar statistisch, vergewaltigt werden.

Und damit kommen wir zur Hauptaufgabe des neuen Handelsministers, zur Neugestaltung seines eignen Beamtenapparats. Alles, was neuerdings wieder, auch in den Grenzboten, an der Vorbildung für den höhern Verwaltungsdienst in Preußen getadelt worden ist, gilt doppelt und dreifach für den Beamtenapparat in dem Ministerium für Handel und Gewerbe. Man braucht ganz und gar nicht den leider gerade in Preußen gewaltig überhandnehmenden Einseitigkeiten zuzustimmen, die in völliger Unkenntnis und Unterschätzung des Werts einer gründlichen juristischen Vorbildung für den höhern Verwaltungsbeamten den Versicherungsdirektor ohne weiteres für befähigt ansehen zum Amt des Regierungspräsidenten und den Bankdirektor zum Handelsministerposten, man kann die juristische, und zwar eine gründlich juristische Schulung für nötig halten für die Räte im Ministerium für Handel und Gewerbe; aber man wird doch unbedingt für dieses Amt eine ebenso gründliche, praktische wie wissenschaftliche Vorbildung in der Volkswirtschaft verlangen müssen. Dazu gehört aber vor allem eine langjährige verantwortliche praktische Amtsthätigkeit draußen im Lande in unmittelbarer Fühlung mit dem Erwerbsleben selbst. Diese kann niemals ersetzt werden durch die Raschmacherei in den an sich gewiß lobenswerten statistischen und staatswissenschaftlichen Seminaren der Hauptstadt, die in bedenklichem Maße überhand nimmt und leicht ein Strebertum züchten kann, dessen Einseitigkeit nur noch überboten wird durch seine Überhebung, und das die sozialpolitische Leistungsfähigkeit der Behörden arg zu beeinträchtigen droht. Wenn der preußische Minister des Innern zur Zeit daran denkt, eine Reform der Vorbildung für den höhern

Verwaltungsdienst anzubahnen, so sollte dazu der neue Handelsminister vor allem die Hand bieten und seine Forderungen stellen. Nach seiner eignen Vorbildung als Richter in der Provinz und als praktischer Organisator in der Eisenbahnverwaltung kann man ihm die Fähigkeit zu segensreichem Einwirken zutrauen; von seinem Charakter wird es abhängen, ob er mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit dem Zopf und dem Schlendrian zuleibe gehen wird. Die Parteien fragen und auch sie hören hilft nichts, auch im Handelsministerium hat der entscheidende Beamte die schwere, verantwortliche Pflicht des Besserwissens; sonst geht es zurück statt vorwärts, in Preußen und im Reiche.



## Ein Kampf gegen Windmühlen



er Kommerzienrat Julius Vorster hat zwei Vorträge gehalten, in denen er gegen die Theoretiker der Volkswirtschaft, gegen die Kathedersozialisten, gegen Raumann, Ratorp und Schall polemisiert, den ersten vor zwei Jahren in der Generalversammlung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, den zweiten vor ein paar Monaten in der sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung zu Halle, und die er unter den Titeln „Der Sozialismus der gebildeten Stände“ (Köln, S. G. Schmitz, 1894) und „Die Großindustrie eine der Grundlagen nationaler Sozialpolitik“ (Sena, Gustav Fischer, 1896) herausgegeben hat. Uns persönlich gehen diese Vorträge nichts an. Raumann, Ratorp und Schall schätzen wir hoch, aber wir vertreten nicht ihre Meinungen; Kathedersozialisten oder überhaupt Sozialisten sind wir nicht, und Theoretiker nicht in dem Sinne, den Vorster meint. Wenn wir ein paar Worte über diese Broschüren sagen, so geschieht es, weil sie Muster jener Windmühlenskämpfe sind, die man auf dem politischen Gebiete seit langem gewohnt ist, die seit ein paar Jahrzehnten auch auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete geführt werden, und die wir aufs tiefste bedauern, weil es unmöglich zu einer Verständigung und zu gemeinsamem fruchtbarem Wirken kommen kann, wenn jeder von seinem eignen beschränkten Interessenstandpunkte aus auf vermeintliche Gegner losschlägt, die er gar nicht oder nur ganz oberflächlich kennt.

Vorster beklagt sich über die angebliche Feindschaft der Theoretiker gegen das Kapital und gegen die Großindustrie. Darauf hat ihm schon Schulze-Gävernitz in Nr. 33 der Nation geantwortet, daß diese Feindschaft bloß in seiner Einbildung besteht. Wir werden ja, nach den Regeln einer gewissen bequemen Taktik, ebenfalls von Zeit zu Zeit als Sozialisten verschrien, weil